

Keine Ausreden mehr: Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen!

Drei Schritte gegen Kinderarmut – Forderungen zur Bundestagswahl

Wirksames Handeln gegen Kinderarmut ist überfällig: Die Zahl armer Kinder steigt von Jahr zu Jahr. Rund 3 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen, so Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche beziehen Grundsicherungsleistungen, davon leben knapp 1 Million Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten.

Materielle Armut ist der zentrale Risikofaktor für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Armut bedeutet einen ständigen Mangel in der materiellen Grundversorgung. Armut schränkt die Bildungschancen von jungen Menschen, ihre gesundheitliche Entwicklung und ihre kulturellen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten ein und wirkt sich auf das gesamte weitere Leben aus.

Im Herbst 2017 wird der Bundestag neu gewählt. Die Parteien diskutieren momentan ihre Wahlprogramme. Die unterzeichnenden Organisationen rufen die Parteien dazu auf, überzeugende Konzepte vorzulegen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und Ungerechtigkeiten im Familienlastenausgleich beseitigen.

Die unterzeichnenden Organisationen werden aufmerksam verfolgen, welchen Stellenwert die Beseitigung von Kinderarmut in den Wahlprogrammen, einer Koalitionsvereinbarung und in Gesetzgebungsvorhaben erhält und ob konkret benannt wird, bis wann und wie Kinderarmut in Deutschland überwunden sein soll.

Wir fordern drei konkrete Schritte, um die materielle Situation von armen Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen muss transparent und realistisch ermittelt und zuverlässig gewährleistet werden.

- Der Bedarf, der im Regelsatz für Kinder festgelegt wird, ist zu gering angesetzt, er schreibt Kinderarmut fest. Regelsätze, die nur aus den Ausgabenpositionen der ärmsten Haushalte errechnet werden, führen zu einem Armutskreislauf. Sie spiegeln nicht wider, was wirklich gebraucht wird. Erhobener Mangel, der dann zum Maßstab für Regelsätze wird, bleibt Mangel.
- Ergänzende Erhebungen zu notwendiger Ernährung und Kleidung, tatsächlichen Schulbedarfen, Mobilitätskosten und Teilhabebedarfen sind nötig.
- Der besondere Bedarf von Kindern - dazu gehört der Mehrbedarf für Kinder mit getrennt lebenden Eltern - ist ebenfalls transparent, sach- und realitätsgerecht zu ermitteln und zu berücksichtigen.
- Es bedarf einer in dieser Weise ermittelten einheitlichen soziokulturellen Existenzgrundlage, die für alle jungen Menschen gilt. Ein in sich stimmiges Gesamtsystem aus sozialpolitischen und familienpolitischen Leistungen ist notwendig.

2. Die Ungerechtigkeiten in der Familienförderung sind abzubauen.

- Die Förderung von Familien muss sich an der Übernahme von Fürsorgeverantwortung für andere festmachen. Familien müssen in allen Lebensformen und Lebensphasen unterstützt werden.
- Die Familienförderung muss sozial gerechter und transparenter ausgestaltet werden. Aktuell werden Kinder gutverdienender Eltern durch die Kinderfreibe-

träge stärker unterstützt als Kinder Erwerbsloser oder mittlerer Einkommensbeziehender.

- Das Kindergeld als Förderleistung wird im SGB-II-Leistungsbezug mit dem Sozialgeld vollständig verrechnet. Daher gehen Kindergelderhöhungen an in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen vorbei.
- Leistungen wie der Unterhaltsvorschuss oder der Kinderzuschlag sind so zu konzipieren, dass sie dem hohen Armutsrisiko von Kindern Alleinerziehender entgegenwirken.

3. Leistungen müssen einfacher gestaltet und für die Berechtigten leichter zugänglich sein.

- Bisher sind viele der sozial- oder familienpolitischen Leistungen bei unterschiedlichen Behörden oder Ämtern zu beantragen. Wichtig ist, dass dort jede Tür zu allen Hilfen führt, die Kindern und Familien zur Verfügung stehen.
- Die unterschiedlichen Antrags- und Verrechnungsregelungen für verschiedene Leistungen, die sich auf dasselbe Kind beziehen, sind nur schwer nachvollziehbar, erschweren den Familien die Nutzung der Leistungen erheblich und konterkarieren die eigentliche Zielsetzung der Familienförderung.
- Langfristig sollten Familien alle Leistungen für ihre Kinder über eine Stelle in einem Auszahlungsbetrag beziehen.

Wir stellen fest: Ein Aufwachsen in Armut zu verhindern ist eine staatliche Verpflichtung!

Die UN-Kinderrechtskonvention gewährleistet allen Kindern und Jugendlichen ein eigenständiges Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf Teilhabe am sozialen, kulturellen und künstlerischen Leben¹. Die Eltern tragen die Verantwortung für das Aufwachsen ihrer Kinder. Der Staat ist aber dazu verpflichtet, eine angemessene materielle Versorgung von Kindern sicherzustellen und über grundsätzliche sozialpolitische Entscheidungen Rahmenbedingungen zu gestalten, die ein Aufwachsen in Armut verhindern².

Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, braucht es neben Geldleistungen für Familien, Kinder und Jugendliche auch dauerhaft finanzierte Infrastrukturangebote und Unterstützungsmöglichkeiten im Einzelfall. Geldleistungen, Infrastrukturangebote und Unterstützungsangebote dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kommunen, Länder und der Bund müssen gemeinsam ihre Verantwortung für die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge für Familien wahrnehmen. Das geltende Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen erschwert es, vor Ort gemeinsam in die soziale und familienorientierte Infrastruktur und präventive Hilfen zu investieren.

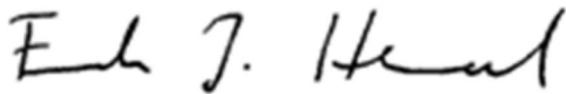
Kinder und Jugendliche sind arm, weil ihre Eltern arm sind. Gute Arbeit, die beiden Eltern eine eigenständige Existenzsicherung wie auch Zeit für Fürsorge und Familienarbeit ermöglicht, ist ebenso wichtig wie die Schaffung guter Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote.

Viele sozial- und familienpolitische Leistungen werden von den Leistungsberechtigten wegen komplizierter Regelungen oder der damit verbundener Kontrollmechanismen nicht in Anspruch genommen. Das gilt für 40% der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung, für das Bildungs- und Teilhabepaket und für einen großen Teil der Anspruchsberechtigten beim Kinderzuschlag. Diese versteckte Armut geht auch und gerade zu Lasten von Kindern. Der Staat muss aktiv dafür sorgen, dass Leistungsansprüche einfach zugänglich sind und realisiert werden. Leistungsberechtigte müssen besser über ihre Rechte aufgeklärt und Leistungen transparent, stigmatisierungsfrei und unbürokratisch ausgestaltet werden.

¹ <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/projekt-kinderrechte-in-der-entwicklungspolitik/oft-gestellte-fragen/welche-kinderrechte-gibt-es-in-der-un-kinderrechtskonvention/>

² Abschlussbericht des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ Seite 75

Diese Erklärung haben unterzeichnet:



Dr. Frank J. Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz

nak Nationale Armutskonferenz
Mitglied im Europäischen Armutsnetzwerk EAPN



<http://nationalemarmutskonferenz.de/>

Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des DGB, bundesweit organisierter Initiativen mit professionell und oder ehrenamtlich Tätigen.

Kontakt: Michael David, stellv. Sprecher; armutskonferenz@diakonie.de
Julia Zürcher, Geschäftsführerin, Tel. 0761 200-673; julia.zuercher@caritas.de



Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V.
<http://alv-brandenburg.org/>

Prof. Dr. Sabine Andresen

Goethe Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften
Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung
<https://www.uni-frankfurt.de/55824124/Andresen>



www.armut-gesundheit.de



www.armutsnetzwerk.de



Bundesverband e.V.

<https://www.awo.org/>



Diözesan-
Caritasverband für das
Erzbistum Köln e. V.

<http://caritas.erzbistum-koeln.de/dicv-koeln/>



Evangelische
Jugendsozialarbeit
Bayern e.V.

<http://www.ejsa-bayern.de/>



BETA

Bundesvereinigung Evangelischer
Tageseinrichtungen für Kinder e.V.

Für Kinder mischen wir uns ein

<http://www.beta-diakonie.de/>



Bundesarbeitsgemeinschaft
Schuldnerberatung e. V.

<http://www.bag-sb.de/>



BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

<http://www.bagw.de/>



bundesforum
männer
Interessenverband für
Jungen, Männer & Väter

<https://bundesforum-maenner.de/>



Bundesverband der
Mütterzentren e.V.

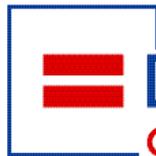
<http://www.muetterzentren-bv.de/>



DIE TAFELN
Essen, wo es hingehört

Bundesverband Deutsche Tafel e.V.

<http://www.tafel.de/>



DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND

<http://www.paritaet.org/>



www.dbjr.de



DGSF

DGSF – Deutsche Gesellschaft für Systemische
Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.

www.dgsf.org

<http://www.tafel.de/>



**Deutsches
Kinderhilfswerk**

<https://www.dkhw.de/>



die lobby für kinder

<http://www.dksb.de/>

Diakonie Deutschland

<http://www.diakonie.de/>

Diakonie Bayern

<http://www.diakonie-bayern.de/>

Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

www.diakonie-portal.de



www.diakonie-hamburg.de

Diakonie Hessen

<http://www.diakonie-hessen.de/>

Diakonie in Niedersachsen

<http://www.diakonie-in-niedersachsen.de>



<http://www.eaf-bund.de/>



bayern

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern (eaf Bayern)

<http://www.eafbayern.de/>

Prof. Dr. Bernhard Emunds

Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der
Philosophisch-Theologischen
Hochschule Sankt Georgen
<http://www.sankt-georgen.de/nbi/>



**Familienbund
der Katholiken**

<http://www.familienbund.org/>



<https://www.gew.de/>

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Evangelische Fachhochschule RWL
Justus Liebig Universität Gießen
Fachbereich für Sozial- und Kulturwissenschaften
<http://www.ernst-ulrich-huster.de/index.php/en/>



<http://www.iss-ffm.de/>



<http://www.kindervereinigung.de/>

Prof. Dr. phil. Ronald Lutz

FH Erfurt, Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften
<http://www.fh-erfurt.de>

Dr. Gisela Notz

Sozialwissenschaftlerin und Historikerin
www.gisela-notz.de



Landesarbeitsgemeinschaft wohnungsloser Menschen Baden-Württemberg
<https://www.facebook.com/landesarbeitsgemeinschaft.wohnungslosermenschen>

Werena Rosenke

stellv. Geschäftsführerin BAG-W
stellv. Sprecherin der
Nationalen Armutskonferenz (nak)
<http://nationalearmutskonferenz.de/index.php/diagramm/sprecherkreis>

Prof. em. Dr. Franz Segbers

Sozialethik
Phillips-Universität Marburg
www.franz-segbers.de/



Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender SHIA e.V. Bundesverband
www.shia.de



Sozialdienst
katholischer
Frauen
Gesamtverein e. V.

<http://www.skf-zentrale.de/>



SKM – Katholischer Verband für soziale
Dienste in Deutschland – Bundesverband e.V.
<http://skmev.de/>



<http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/>



<http://www.vaeteraufbruch.de/>



<http://www.vamv.de/>



Johannes Spenn
Referent Gesellschaftliche Integration
Diakonie Mitteldeutschland
<https://www.diakonie-mitteldeutschland.de/>



**verband binationaler
familien und partnerschaften**
<http://www.verband-binationaler.de/>



www.volkssolidaritaet.de

Prof. Dr. Gabriele Winker

Technische Universität Hamburg-Harburg

Feministisches Institut Hamburg

<https://www.tuhh.de/t3resources/agentec/sites/winker/>



zukunftsforum
familie e.v.

<http://www.zukunftsforschung-familie.de/>